

**Stadt Schrozberg
Landkreis Schwäbisch Hall**

**Satzung über die Benutzung von Obdachlosen-
und Asylbewerberunterkünften**

Satzung über die Benutzung von Asylbewerberunterkünften vom 28. September 1992

Aufgrund von §4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und der §§2 und 9 des Kommunalabgabengesetzes, hat der Gemeinderat der Stadt Schrozberg am 28.09.1992 folgende Satzung beschlossen:

**I. Rechtsform und Zweckbestimmung der Obdachlosen- und
Asylbewerberunterkünfte**

§1: Rechtsform/Anwendungsbereich

- (1) Die Stadt betreibt die Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünfte als voneinander getrennte öffentliche Einrichtungen in der Form unselbständiger Anstalten des öffentlichen Rechts.
- (2) Obdachlosenunterkünfte sind die zur Unterbringung von Obdachlosen von der Stadt bestimmten Gebäude, Wohnungen und Räume.
- (3) Asylbewerberunterkünfte sind die zur Unterbringung von Asylbewerbern der Stadt bestimmten Gebäude, Wohnungen und Räume. Als Asylbewerberunterkünfte gelten dabei auch die Unterkünfte für anerkannte oder rechtskräftig abgelehnte Asylsuchende.
- (4) Die Unterkünfte dienen der Aufnahme und i.d.R. der vorübergehenden Unterbringung von Personen, die obdachlos sind oder sich in einer außergewöhnlichen Wohnungsnotlage befinden und die erkennbar nicht fähig sind, sich selbst eine geordnete Unterkunft zu beschaffen oder eine Wohnung zu erhalten. Die Verpflichtung für Asylbewerber, eine von der Gemeinde zugewiesene Unterkunft zu beziehen (§ 20 Abs. 2 AsylVfG), bleibt davon unberührt.

**II. Gemeinsame Bestimmungen für die Benutzung der Obdachlosen- und
Asylbewerberunterkünfte**

§2: Benutzungsverhältnis

Das Benutzungsverhältnis ist öffentlich-rechtlich ausgestaltet. Ein Rechtsanspruch auf die Unterbringung in einer bestimmten Unterkunft oder auf Zuweisung von Räumen bestimmter Art und Größe besteht nicht.

§3: Beginn und Ende der Nutzung

- (1) Das Benutzungsverhältnis beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Benutzer die Unterkunft bezieht.
- (2) Die Beendigung des Benutzungsverhältnisses erfolgt durch schriftliche Verfügung der Stadt. Soweit die Benutzung der Unterkunft über den in der Verfügung angegebene Zeitpunkt hinaus fortgesetzt wird, endet das Benutzungsverhältnis mit der Räumung der Wohnung.

§4: Benutzung der überlassenen Räume und Hausrecht

- (1) Die als Unterkunft überlassenen Räume dürfen nur von den eingewiesenen Personen und nur zu Wohnzwecken benutzt werden.
- (2) Der Benutzer der Unterkunft ist verpflichtet, die ihm zugewiesenen Räume samt dem überlassenen Zubehör pfleglich zu behandeln, ihm Rahmen der durch ihre bestimmungsgemäße Verwendung bedingten Abnutzung instand zu halten und nach Beendigung des Benutzungsverhältnisses in dem Zustand herauszugeben, in dem sie bei Beginn übernommen worden sind. Zu diesem Zweck ist ein Übernahmeprotokoll aufzunehmen und vom Eingewiesenen zu unterschreiben.
- (3) Veränderungen an der zugewiesenen Unterkunft und dem überlassenen Zubehör dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Gemeinde vorgenommen werden. Der Benutzer ist im übrigen verpflichtet, die Stadt unverzüglich von Schäden am Äußeren oder Inneren der Räume in der zugewiesenen Unterkunft zu unterrichten.
- (4) Der Benutzer bedarf ferner der schriftlichen Zustimmung der Stadt, wenn er
 1. in die Unterkunft entgeltlich oder unentgeltlich einen Dritten aufnehmen will, es sei denn, es handelt sich um eine unentgeltliche Aufnahme von angemessener Dauer (Besuch);
 2. die Unterkunft zu anderen als zu Wohnzwecken benutzen will;
 3. ein Schild (ausgenommen übliche Namensschilder), eine Aufschrift oder einen Gegenstand in gemeinschaftlichen Räumen, in oder an der Unterkunft oder auf dem Grundstück anbringen oder aufstellen will;
 4. ein Tier in der Unterkunft halten will;
 5. in der Unterkunft oder auf dem Grundstück außerhalb vorgesehener Park-, Einstell- oder Abstellplätze ein Kraftfahrzeug abstellen will;
 6. Um-, An- und Einbauten sowie Installationen oder andere Veränderungen in der Unterkunft vornehmen will.
- (5) Die Zustimmung wird grundsätzlich nur dann erteilt, wenn der Benutzer eine Erklärung abgibt, dass er die Haftung für alle Schäden, die durch die besonderen Benutzungen nach Abs. 3 und 4 verursacht werden können, ohne Rücksicht auf eigenes Verschulden, übernimmt und die Stadt insofern von Schadenersatzansprüchen Dritter freistellt.
- (6) Die Zustimmung kann befristet und mit Auflagen versehen erteilt werden. Insbesondere sind die Zweckbestimmung der Unterkunft, die Interessen der Haus- und Wohngemeinschaft sowie die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung zu beachten.

- (7) Die Zustimmung kann widerrufen werden, wenn Auflagen oder sonstige Nebenbestimmungen nicht eingehalten, Hausbewohner oder Nachbarn belästigt oder die Unterkunft bzw. das Grundstück beeinträchtigt werden.
- (8) Bei vom Benutzer ohne Zustimmung der Stadt vorgenommenen baulichen oder sonstigen Veränderungen kann die Stadt diese auf Kosten des Benutzers beseitigen und den früheren Zustand wieder herstellen lassen (Ersatzvornahme).
- (9) Die Stadt kann darüber hinaus die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anstaltszweck zu erreichen.
- (10) Die Beauftragten der Stadt sind berechtigt, die Unterkünfte in angemessenen Abständen und nach rechtzeitiger Ankündigung werktags in der Zeit von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr zu betreten. Sie haben sich dabei gegenüber dem Benutzer auf dessen Verlangen auszuweisen. Bei Gefahr im Verzug kann die Unterkunft ohne Ankündigung jederzeit betreten werden. Zu diesem Zweck wird die Stadt einen Wohnungsschlüssel zurückbehalten.

§5: Instandhaltung der Unterkünfte

- (1) Der Benutzer verpflichtet sich, für eine ordnungsgemäße Reinigung, ausreichende Lüftung und Heizung der überlassenen Unterkunft zu sorgen.
- (2) Zeigt sich ein wesentlicher Mangel der Unterkunft oder wird eine Vorkehrung zum Schutze dieser oder des Grundstücks gegen eine nicht vorhersehbare Gefahr erforderlich, so hat der Benutzer dies der Stadt unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Der Benutzer haftet für Schäden, die durch schuldhaftes Verletzung der ihm obliegenden Sorgfalts- und Anzeigepflicht entstehen, besonders wenn technische Anlagen und andere Einrichtungen unsachgemäß behandelt, die überlassene Unterkunft nur unzureichend gelüftet, geheizt oder gegen Frost geschützt wird. Insoweit haftet der Benutzer auch für das Verschulden von Haushaltsangehörigen und Dritten, die sich mit seinem Willen in der Unterkunft aufhalten. Schäden und Verunreinigungen, für die der Benutzer haftet, kann die Stadt auf Kosten des Benutzers beseitigen lassen (Ersatzvornahme).
- (4) Die Stadt wird die in § 1 genannten Unterkünfte und Hausgrundstücke in ordnungsgemäßen Zustand erhalten. Der Benutzer ist nicht berechtigt, auftretende Mängel auf Kosten der Stadt zu beseitigen.

§6: Räum- und Streupflicht

Dem Benutzer obliegt die Räum- und Streupflicht nach der örtlichen Satzung über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der Gehwege (Streupflichtsatzung).

§7: Hausordnungen

- (1) Die Benutzer sind zur Wahrung des Hausfriedens und zur gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichtet.
- (2) Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der einzelnen Unterkunft kann die Verwaltung besondere Hausordnungen, in denen insbesondere die Reinigung der Gemeinschaftsanlagen und –räume bestimmt werden, erlassen.

§8: Rückgabe der Unterkunft

- (1) Bei Beendigung des Benutzungsverhältnisses hat der Benutzer die Unterkunft vollständig geräumt und sauber zurückzugeben. Alle Schlüssel, auch die vom Benutzer selbst nachgemachten, sind der Stadt bzw. ihren Beauftragten zu übergeben. Der Benutzer haftet für alle Schäden, die der Stadt oder einem Benutzungsnachfolger aus der Nichtbefolgung dieser Pflicht entstehen.
- (2) Einrichtungen, mit denen der Benutzer die Unterkunft versehen hat, darf er wegnehmen, muss dann aber den ursprünglichen Zustand wieder herstellen. Die Stadt kann die Ausübung des Wegnahmerechts durch Zahlung einer angemessenen Entschädigung abwenden, es sei denn, dass der Benutzer ein berechtigtes Interesse an der Wegnahme hat.

§9: Haftung und Haftungsausschluß

- (1) Die Benutzer haften vorbehaltlich spezieller Regelungen in dieser Satzung für die von ihnen verursachten Schäden.
- (2) Die Haftung der Stadt, ihrer Organe und ihrer Bediensteten gegenüber den Benutzern und Besuchern wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Für Schäden, die sich die Benutzer einer Unterkunft bzw. deren Besucher selbst gegenseitig zufügen, übernimmt die Stadt keine Haftung.

§10: Personenmehrheit als Benutzer

- (1) Wurde das Benutzungsverhältnis für mehrere Personen gemeinsam begründet, so haften diese für alle Verpflichtungen aus diesem als Gesamtschuldner.
- (2) Erklärungen, deren Wirkungen eine solche Personenmehrheit berühren, müssen von der gegenüber allen Benutzern abgegeben werden.
- (3) Jeder Benutzer muss Tatsachen in der Person oder in dem Verhalten eines Haushaltsangehörigen oder eines Dritten, der sich mit seinem Willen in der Unterkunft aufhält, die das Benutzungsverhältnis berühren oder einen Ersatzanspruch begründen, für und gegen sich gelten lassen.

§11: Verwaltungszwang

Räumt ein Benutzer seine Unterkunft nicht, obwohl gegen ihn eine bestandskräftige oder vorläufig vollstreckbare Umsetzungsverfügung vorliegt, so kann die Umsetzung durch unmittelbaren Zwang nach Maßgabe des § 27 Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz vollzogen werden. Dasselbe gilt für die Räumung der Unterkunft nach Beendigung des Benutzungsverhältnisses durch schriftliche Verfügung (§ 3 Abs. 2 Satz 1).

III. Gebühren für die Benutzung der Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünfte

§12: Gebührenpflicht und Gebührenschuldner

- (1) Für die Benutzung der in den Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünften in Anspruch genommenen Räume werden Gebühren erhoben.
- (2) Gebührenschuldner sind diejenigen Personen, die in den Unterkünften untergebracht sind. Personen, die eine Unterkunft gemeinsam benutzen, sind Gesamtschuldner.

§13: Gebührenmaßstab und Gebührenhöhe

- (1) Bemessungsgrundlage für die Höhe der Benutzungsgebühr ist die Wohnfläche der zugewiesenen Unterkunft. Nicht zur Wohnfläche zählen Gemeinschaftsräume wie Küche, Bad, WC, geschlossene Flure und ähnliche Räume. Für die Ermittlung der Wohnfläche gelten die Vorschriften der Zweiten Berechnungsordnung in der jeweils gültigen Fassung. Sind mehrere Personen in dieselbe Unterkunft eingewiesen, wird die Wohnfläche zu gleichen Teilen zugerechnet.
- (2) Die Benutzungsgebühr für Obdachlosenunterkünfte (§ 1 Abs. 2) beträgt je m² Wohnfläche und Kalendermonat 6,55 DM.
- (3) Die Benutzungsgebühr für Asylbewerberunterkünfte (§ 1 Abs. 3) beträgt je m² Wohnfläche und Kalendermonat 12,58 DM. Damit abgegolten ist auch die Überlassung der in der Unterkunft vorhandenen Möbel und Geräte.
- (4) Ist eine personen- oder familienbezogene Feststellung der Nebenkosten für die Unterkunft nicht möglich, wird zu der Gebühr nach Abs. 2 oder 3 ein Zuschlag von 67,86 DM/mtl. pro untergebrachter Person erhoben. Werden nur einzelne Nebenkostenarten in Anspruch genommen, beträgt die Gebühr für Wasser 16,63 DM/mtl., für Strom 30,58 DM/mtl., für Brennstoffe 18,12 DM/mtl. und für Abfall/Schornstiefeger 2,53 DM/mtl.
- (5) Bei der Errechnung der Benutzungsgebühren nach Kalendertagen wird für jeden Tag der Benutzung 1/30 der monatlichen Gebühr zu Grunde gelegt.

§14: Entstehung der Gebührenschuld, Beginn und Ende der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Einzug in die Unterkunft und endet mit dem Tag der Räumung.
- (2) Die Gebührenschuld für einen Kalendermonat entsteht mit dem Beginn des Kalendermonats. Beginnt die Gebührenpflicht im Laufe des Kalendermonats mit dem Beginn der Gebührenpflicht.

§15: Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Benutzungsgebühr wird durch Gebührenbescheid festgesetzt. Sie wird zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
- (2) Beginnt oder endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Kalendermonats, wird die Benutzungsgebühr nach den angefangenen Kalendertagen festgesetzt. Für die Fälligkeit gilt Abs. 1 Satz 2.
- (3) Eine vorübergehende Nichtbenutzung der Unterkunft entbindet den Benutzer nicht von der Verpflichtung, die Gebühren entsprechend Abs. 1 und 2, vollständig zu entrichten.

IV. Schlußbestimmungen

§16: Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Gebührenkalkulation

für Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünften

I. Ausgaben	DM/mtl.
A. <u>Asylbewerberunterkünfte</u>	
a) gemeindeeigene Unterkünfte	
- Abschreibungen	167,18
- Kapitalverzinsung	1643,67
b) Miete für angemietete Unterkünfte	1.500,--
c) gemeinsame Aufwendungen	
- ant. Verwaltungskosten (Personal- und Sachaufwand)	231,10
- Abschreibung Mobiliar/Geräte	<u>490,11</u>
Gebührenbedarf	3.032,06

B. Obdachlosenunterkünfte

a) gemeindeeigene Unterkünfte	
- Abschreibungen	210,84
- Kapitalverzinsung	683,71
b) Miete für angemietete Unterkünfte	0,--
c) gemeinsame Aufwendungen	
- ant. Verwaltungskosten (Personal- und Sachaufwand)	44,73
- Abschreibung Mobiliar/Geräte	<u>0,--</u>
Gebührenbedarf	939,28

C. Nebenkosten bei Übernahme durch die Stadt

Wasser	6.553,90
Strom	12.048,68
Brennstoffe	7.137,58
Abfall/Schornsteinfeger	<u>997,65</u>
Gebührenbedarf	26.737,81

II. Ermittlung des Gebührensatzes

Verteilungsmaßstab ist die zugeteilte Wohnfläche. Maßgebend für die Höhe des Gebührensatzes ist die Wohnfläche zum 31.12.1991

A. Gebühren für Asylbewerberunterkünfte

$$\text{Gebührensatz} = \frac{\text{Kosten aus I.A.}}{\text{Wohnfläche}} = \frac{3.032,06 \text{ DM}}{240,98 \text{ qm}} = \underline{12,58} \frac{\text{DM}}{\text{qm}}$$

B. Gebühren für Obdachlosenunterkünfte

$$\text{Gebührensatz} = \frac{\text{Kosten aus I.B.}}{\text{Wohnfläche}} = \frac{939,28 \text{ DM}}{143,48 \text{ qm}} = \underline{6,55} \frac{\text{DM}}{\text{qm}}$$

C. Zuschlag für Nebenkosten

Der Zuschlag wird erhoben, sofern eine direkte Zurechnung der Nebenkosten durch Zähler o.ä. nicht möglich ist. Er wird als Pro-Kopf-Satz aus den Gesamtaufwendungen 1991, dividiert durch die Summe der Belegungsmonate in den betreffenden Unterkünften ermittelt.

$$\text{Zuschlagssatz} = \frac{\text{Kosten aus I.C.}}{\text{Belegungsmonate}} = \frac{26.737,81 \text{ DM}}{394} = \underline{67,86} \text{ DM}$$

$$\text{Teilzuschlag für Wasser:} = \frac{6.553,90 \text{ DM}}{394} = \underline{16,63} \text{ DM}$$

$$\text{Teilzuschlag für Strom:} = \frac{12.048,68 \text{ DM}}{394} = \underline{30,58} \text{ DM}$$

$$\text{Teilzuschlag für Brennstoffe:} = \frac{7.137,58 \text{ DM}}{394} = \underline{18,12} \text{ DM}$$

$$\text{Teilzuschlag für Abfall/Schornstf.:} = \frac{997,65 \text{ DM}}{394} = \underline{2,53} \text{ DM}$$